

Sondermüll-Zwischenlager in Münchehagen entstanden

Stadt Rehburg dringt auf Beseitigung / Griefahn untätig?

re/vdB. **Münchehagen/Hannover**

Auf dem Gelände der Anfang der achtziger Jahre stillgelegten Sonderabfalldeponie Münchehagen im Landkreis Nienburg ist im Zuge der vorbereitenden Arbeiten für die Sanierung des Giftmüll-lagers ein riesiges Depot neuer Sonderabfälle entstanden. Am Wochenende wurde bekannt, daß sich auf dem weitläufigen Gelände bei Rehburg mittlerweile mehr als 40 Container angesammelt haben, in denen knapp 600 Tonnen Schlamm aus Aktivkohlefiltern verwahrt werden. Überdies liegen unter Plastikfolien zahlreiche Blöcke, die aus Klärschlammen gepreßt wurden und Dioxine und Furane in hoher Konzentration enthalten sollen. Auch soll sich die Menge des an der Oberfläche der alten Deponie abgeschöpften hochgiftigen Sickerrole inzwischen auf 200 Liter erhöht haben.

Die Stadt Rehburg erklärte dazu, das niedersächsische Umweltministerium sei für die Beseitigung des neuen Sondermülls verantwortlich. Doch leider geschehe nur sehr wenig zur Überwindung des rechtswidrigen Zustandes. Entgegen einer Darstellung, die Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) in der jüngsten Landtagssitzung gab, wurde der neue Sondermüll in Münchehagen bereits

mehrfach der Niedersächsischen Gesellschaft zur Endlagerung von Abfallstoffen (NGS) angedient. Doch ist es bisher nicht gelungen, eine Entsorgung einzuleiten.

Der Landkreis Hildesheim soll es abgelehnt haben, daß die giftigen Stoffe in der Deponie Hoheneggelsen eingelagert werden. Jetzt deutet sich an, daß die sogenannten Piepho-Blöcke aus gepreßtem Klärschlamm zur Verbrennung nach Hessen gebracht werden. Hier sieht die Stadt Loccum eine große Eilbedürftigkeit, da die Blöcke angeblich allmählich verfallen und so zu einer Gefahr für das Oberflächenwasser auf dem Deponiegelände werden könnten.

Den CDU-Kreistagsfraktionen aus Schaumburg und Nienburg, die sich jetzt mit den Zuständen auf dem Deponiegelände befaßten, wurde am Sonnabend eine Besichtigung des Zwischenlagers verwehrt. Die Kommunalpolitiker durften die Müllkippe nicht betreten. Sie vermuten deshalb, daß das Umweltministerium unangenehme Dinge verborgen wolle. Die CDU-Landtagsfraktion wurde deshalb aufgefordert, im Parlament erneut zu verlangen, daß das für die Umwelt von Tag zu Tag gefährlicher werdende Zwischenlager so schnell wie möglich aufgelöst wird.

Zwischenlager rechtens? 3200 Tonnen Sondermüll auf Sonderabfalldeponie

Rehburg-Loccum (re). Auf der Sonderabfalldeponie (SAD) Müncheshagen lagern 3200 Tonnen Sondermüll. Umweltministerin Monika Griefahn hatte in einer Landtagssitzung keine Angaben über die Tonnenzahl machen können. Widersprüchlich seien ihre Aussagen auf die Frage gewesen, ob das Ministerium den Abfall der NGS in Hoheneggelsen angedient habe, so der CDU-Landespolitiker Willi Heineking. Er hält das Mülllager für rechtswidrig.

Nach Angaben des Projektkoordinators Günter Nerlich besteht der mit Dioxinen und Furanen hochbelastete Sonderabfall aus 1300 Tonnen verfestigter Schlammblöcke und 430 Tonnen Aktivkohlefilter aus der Sickerwasserreinigung, aus 1500 Tonnen hochgiftiger Öle und mehreren hundert Tonnen relativ unbelastetem Bausschutt. Der Müll lagere in Hochsicherheitsbehältern. Die Giftstoffe in den mit Folien abgedeckten Blöcken seien chemisch gebunden.

Abfälle entstanden bereits 1985 zur Zeit der damaligen CDU-Landesregierung durch Sondierungs-, Erkundungs- und erste Sicherungsarbeiten auf der SAD. Sie sind inzwischen zur jetzigen Tonnage angewachsen, was den Mitgliedern des Müncheshagen-Ausschusses seit seiner Gründung 1990 bekannt ist. Heineking ist dort Mitglied. Per Gerichtsbeschluß darf auf der SAD Sondermüll weder gelagert noch behandelt werden.

Das Zwischenlager sei behördlich genehmigt, die Abfälle der NGS mehrfach und anderen Entsorgern im Bundesgebiet angedient worden. Bisher ohne Erfolg, so Nerlich. Der Landkreis Hildesheim habe die Genehmigung zur Zuweisung nach Hoheneggelsen verweigert. Das bestätigte am Freitag der NGS-Geschäftsführer auf Anfrage.

Nerlich erklärte, eine teilweise Entsorgung würde sich jetzt in Hessen und bei der NGS andeuten. Weil es sich um einen in Arbeit befindlichen Vorgang handele, sei das Lager nicht rechtswidrig.

Jetzt wurden gravierende Probleme bei der Wasserhaltung auf der SAD bekannt (DIE HARKE berichtete). Das nahmen Heineking und die CDU-Kreistagsfraktion bei einem Gespräch auf der SAD zum Anlaß, zur Gefahrenabwehr eine Entfernung des Zwischenlagers zu verlangen.

Umweltministerium: Von Münchehagen geht keine Gefahr aus

vdB. Hannover

Von den in Münchehagen (Kreis Nienburg) zwischengelagerten Abfallstoffen geht nach Darstellung des Umweltministeriums in Hannover „definitiv keine Gefährdung“ aus. Mit diesem Hinweis nahm das Ministerium am Montag zu einer Veröffentlichung dieser Zeitung Stellung. Zugleich wurde darauf verwiesen, daß sich die Bezirksregierung intensiv darum bemühe, das Zwischenlager aufzulösen und die giftigen Stoffe zu entsorgen.

Wie Baudirektor Günter Nerlich, Projektkoordinator für Münchehagen bei der Bezirksregierung, auf Anfrage mitteilte, sollen 40 Container, in denen sich etwa 480 Tonnen Aktivkohle befindet, noch in diesem Winter von einer hessischen Verbrennungsanlage entsorgt werden. Rund 1300 Würfel aus gepreßtem Klärschlamm – jeder ist einen Kubikmeter groß – machten dagegen „echt Kopfschmerzen“. Hier sei noch kein Abnehmer gefunden. Überdies lagerten in Münchehagen in Edelstahltanks etwa 1000 Liter Sickeröl aus der Altdeponie.

Das Umweltministerium hob hervor, daß bis 1991 der Landkreis Nienburg für die Anfang der achtziger Jahre stillgelegte Deponie verantwortlich gewesen sei. Im übrigen müsse jedermann, der die Gefahrenbereiche der Deponie betreten wolle, sich vorher von einem Arbeitsmediziner bescheinigen lassen, daß er geeignet ist, sich in Schutzausrüstung und unter Atemschutzmasken fortzubewegen. Dies gelte auch für Kommunalpolitiker wie die CDU-Kreistagsabgeordneten, die am Sonnabend, auf das Giftmüll-Zwischenlager aufmerksam gemacht, die Container und Klärschlammwürfel aber nicht in Augenschein genommen hatten.

Jürgen Gansäuer, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, kündigte unterdessen an, er wolle die stillgelegte Deponie und das Zwischenlager am Donnerstag dieser Woche besichtigen. Gansäuer bat Umweltministerin Monika Griefahn, für eine „fachkundige Führung und Auskunftserteilung Sorge zu tragen“.